

Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland

Gestaltung der christlichen Begegnung mit Muslimen

Heinz Klautke

Im August hat in Deutschland, genauer in Köln, der Weltjugendtag stattgefunden, zu dem noch der verstorbene Papst Johannes Paul II eingeladen hatte. Der neue deutsche Papst Benedikt XVI hat dieses Welttreffen der jungen Katholiken genutzt, um bei seiner ersten Auslandsreise auch mit Nichtkatholiken zu sprechen. Dazu gehörten einerseits Vertreter der nichtkatholischen Kirchen, andererseits aber auch Vertreter von islamischen Organisationen und Juden. Das war auch für Deutschland etwas Besonderes. Erst Anfang dieses Jahres haben hohe Vertreter der katholischen und evangelischen Kirchen offiziell mit Vertretern islamischer Organisationen Gespräche geführt. Hier nahm nun der höchste Vertreter einer Weltkirche, der größten Weltkirche, Kontakt mit Muslimen auf. Das wäre vor kurzem noch undenkbar gewesen. Die große Zahl von Muslimen in Deutschland, über 3 Millionen bei einer Bevölkerung von 82 Millionen, hat das wohl ermöglicht oder gar notwendig gemacht.

Auch diese Begegnungen der Kirchenvertreter mit Muslimen waren eine Folge davon, dass in Deutschland Arbeitskräfte gebraucht worden waren und seit den 60er Jahren aus dem Ausland angeworben wurden. Das waren zunächst Italiener und Spanier, dann auch Jugoslawen, und schließlich Türken und Nordafrikaner. Die Industrie hat sich dabei nicht um die je besondere Religion der Arbeitskräfte gekümmert. Aber im Wohnbereich und an den Arbeitsstätten merkte man nach einiger Zeit doch, dass die andere Religion Aufmerksamkeit verlangte. Der Islam, die zweitgrößte Weltreligion mit 1,3 Mrd Gläubigen, zeigte sich mit den muslimischen Arbeitskräften

als eine konkrete und für das Zusammenleben nicht zu übersehende Größe. Das war nicht mehr eine nur abstrakte Größe aus einem Lehrbuch.

Dabei war der Islam als die Religion der Muslime eigentlich nicht etwas Neues. Muslime hatte es in Deutschland schon seit dem 18. Jahrhundert gegeben. Aber damit war der Islam breiteren Bevölkerungsschichten noch nicht als eine Realität begegnet, weil die Muslime in jener Zeit meist höheren Bildungsschichten angehörten und keinen Kontakt mit der normalen Bevölkerung hatten. Eine neue Phase begann durch die schon erwähnte Arbeitskräfteanwerbung. Die damit entstandene soziale Problematik wurde auch im kirchlichen Bereich gesehen und diskutiert. Ich entsinne mich an die Arbeit in der (West-) Berliner Provinzialsynode. Der Senat von Berlin hatte ein Konzept vorgelegt, das sogenannte „Bedarfsorientierte Integrationsprogramm“. Wir haben das in der Synode wegen dieser Ausrichtung auf Bedürfnisse der Wirtschaft mehrheitlich kritisiert. Das zeigt, daß die Kirche das Islam-Thema nicht durch Interesse an der anderen Religion aufnahm, nicht mit dem Ziel einer theologischen Auseinandersetzung, sondern sich wegen der sozialen Problematik darauf einließ.

Für die Frage der Begegnung und des Zusammenlebens mit Muslimen in Deutschland spielt noch etwas anderes eine Rolle, nämlich die Einstellung der deutschen Bevölkerung zu Religion allgemein. Besonders in protestantischen Kreisen hatte die Beschäftigung mit dem Erscheinungsbild von Religion Entwicklungen durchgemacht. Zunächst hatte es eine Einheit von Nation und Religion gegeben. Im frühen Mittelalter war Europa einfach christlich. Man hatte dann gelernt, dass man differenzieren musste. So kam es auf Grund theologischer Unterschiede zur Differenzierung in Ost und West: Der Osten war orthodox-christlich, der Westen katholisch-christlich. Durch die Reformation wurde die Vielfalt noch größer: Im Westen gab es jetzt katholische und auch noch evangelische Christen. Meist war das noch weiter regional und national gegliedert. In den östlichen Regionen Europas und des Mittleren Ostens

gab es mehrere national geprägte orthodoxe Patriarchate, mit einer „Symphonie“ von Staat und Kirche. Dort gab es aber auch schon Berührungen mit Muslimen. Im Westen kam es vor 450 Jahren im Augsburger Religionsfrieden (25.9.1555) zu der Lösung „*cuius regio, eius religio*“: Der Herrscher einer Region bestimmte über die Konfession seiner Untertanen. Die Aufklärung führte diese Entwicklung noch weiter durch die Betonung des Individuums, das für sich selbst auch über die eigene Religion zu entscheiden hatte. Es kam zu der Trennung von Thron und Altar, also von Staat und Religion. Demnach hatte es die Öffentlichkeit überhaupt nicht mehr zu interessieren, wie und was der/die einzelne dachte und glaubte. Frömmigkeit gehörte zum Privatbereich, vor allem im säkularen Lebensverständnis.

Bei solch einem Verständnis erregten Muslime in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Mitteleuropa natürlich Aufsehen. Sie versteckten ihre Frömmigkeit nicht, sondern übten sie öffentlich sichtbar aus. Vor allem, als sie sich auf einen dauernden Aufenthalt in Deutschland eingerichtet hatten, wurde das bemerkbar. Die Frömmigkeit war an der äußeren Erscheinung ablesbar, besonders an der Kleidung (Kopftücher). In der Gemeinschaft wurde das an den Ess- und Trinkgewohnheiten sichtbar: kein Schweinefleisch, kein Alkohol. Die religiösen Feste passten nicht in den deutschen Feiertagskalender und forderten dennoch Beachtung. Schließlich strebten Muslime danach, eigene religiöse Gebäude, Moscheen, zu errichten. Die Nachbarschaft hat das zunächst mit Verwunderung zur Kenntnis genommen, allmählich mit Besorgnis und Verärgerung. Die Reaktion war ambivalent: Die einen rümpften die Nase über die Hinterhof-Moscheen in sozial herabgekommenen Stadtvierteln. Andererseits fühlte man sich in der Ruhe gestört, wenn vor den Moscheen täglich zu den Gebetszeiten ein reger Verkehr einsetzte. Inzwischen gibt es in Deutschland mehr als drei Millionen Muslime. Das sind über 3% der Wohnbevölkerung. Zwei Drittel oder drei Viertel davon sind Türken. Sie treffen sich in ca. 2600 Gebetsstätten, wovon aber nur etwa hundert typische Moscheebauten sind.

Es ist wohl noch nicht untersucht worden, wie sich Kirchengemeinden und ihre Mitglieder in dieser Situation gefühlt und verhalten haben. Es hat allerdings Untersuchungen über Protestbewegungen gegeben, etwa Bürgerproteste gegen den Bau von Moscheen. Dabei ist festgestellt worden, dass der Großteil der Protestler nicht kirchlich gebunden war, sondern sich aus einer säkularen Grundeinstellung belästigt fühlte und deshalb gegen die öffentliche Manifestation von Religion zu Felde zog. Moscheen sollten am Stadtrand oder in Industriegebieten gebaut werden, wo sie als religiöse Gebäude nicht auffielen. Dass christliche Kirchen ja auch öffentlicher Ausdruck von Religion waren, übersah man dabei, wahrscheinlich weil man Kirchengebäude aus Gewöhnung unter traditionelle Kultur verrechnete, und nicht unter Religion.

Es gab allerdings auch christliche Proteste gegen islamische öffentliche Erscheinungsformen, etwa gegen den Gebetsruf vom Minarett. Aber das waren kleine Gruppen, denen es dabei vor allem um eine befürchtete Gefährdung der christlichen Gesellschaft ging. Man warf den Muslimen vor, mit dem Gebetsruf islamische Mission zu betreiben und dabei auch noch antichristlich zu agitieren. Der Ezan wurde als missionarisches Bekenntnis verstanden, und den Großkirchen wurde zugleich vorgeworfen, bei der auffälligen Präsenz von Muslimen auf die eigene Missionsverpflichtung zu verzichten. Die Missionierung sei den Christen doch durch die Anwesenheit so vieler Muslime von Gott als große Gelegenheit vor die Füße gelegt, wurde argumentiert.

Das ist der Hintergrund, auf dem die Entstehung einer offiziellen Schrift der Evangelischen Kirche in Deutschland zum Verhältnis zu den Muslimen zu verstehen ist. Immerhin hatte es in der römisch-katholischen Weltkirche schon 1965 während des II. Vatikanischen Konzils eine offizielle Verlautbarung gegeben, die nicht feindlich zum Islam eingestellt war. Sie beginnt erstaunlicherweise mit den Worten: „Mit Hochachtung betrachtet die Kirche auch die Muslim, die den alleinigen Gott anbeten ...“ In der deutschen evangelischen Kirche hat man offiziell erst 35 Jahre später eine

öffentliche Erklärung abgegeben. Aber es muß gesagt werden, daß einzelne Gemeinden und kirchliche Aktivitäten sich schon früher mit der Anwesenheit der Muslime beschäftigt und zu ihnen Kontakt aufgenommen haben.

Das Erscheinen der evangelischen Verlautbarung am 11. September 2000 kam in eine Situation, in der in der Öffentlichkeit die Verfolgung von Christen in islamisch geprägten Staaten (in Saudiarabien, aber auch in der Türkei) diskutiert wurde. Gleichzeitig verstummte innerkirchlich die Frage nicht, wie verpflichtend der Auftrag zur Mission praktiziert wird. Die rechtlichen Rahmenbedingungen gaben mit dem Grundsatz der persönlichen und institutionellen Religionsfreiheit zwar auch den Muslimen die Möglichkeit, den Glauben nach eigenem Verständnis zu praktizieren. Allerdings wurde dabei kritisch gefragt, inwieweit die Glaubensregeln des Islam der deutschen Verfassung entsprachen, etwa hinsichtlich der Gleichberechtigung der Frauen. Es wurde auch heftig diskutiert und gerichtlich darüber gestritten, ob muslimische Lehrerinnen in öffentlichen Schulen ein Kopftuch tragen dürften.

Der damalige Ratsvorsitzende, Präses Manfred Kock aus dem Rheinland, hat bei der Pressekonferenz zum Erscheinen dieses Textes gesagt:

„Wir haben uns mit dieser Handreichung vorgenommen, das Verhältnis zum Islam theologisch aufzuarbeiten. Das ist nötig geworden, weil auch in christlichen Strömungen die Unterschiede im Glauben nicht nur zur theologischen Kritik, sondern gelegentlich auch zu einer verzerrten Darstellung des Islam geführt haben. Davon wollen wir uns klar distanzieren. Gleichzeitig können wir nicht davon abgehen, unseren Glauben auch vor Muslimen offen zu bekennen, wie sie es ihrerseits auch umgekehrt tun. Das hat nichts mit Feindschaft zu tun. Wir meinen, dass es möglich ist, mit den Unterschieden friedlich zusammen zu leben, ja, auch aktiv gemeinsam das nachbarschaftliche und gesellschaftliche Leben zu gestalten. Der christliche Glaube gibt uns

die Möglichkeit, dafür eine gemeinsame Basis zu finden. Auch bei Muslimen haben wir solche Bereitschaft gefunden. Auf diese Weise ist der christlich-islamische Dialog auch ein aktiver Beitrag gegen die Ablehnung des Fremden, wie sie in rechtsextremen Übergriffen zutage tritt.

...

In dem Dialog geht es nicht um gutgemeinte Appelle für ein gutes Zusammenleben, sondern wir wollen zu nachvollziehbaren konkreten Schritten ermutigen und dabei die Tatsachen im Auge behalten. Wir wissen von terroristischen Aktionen, die sich auf den Islam begründen: wir sind solidarisch mit den Christen, die in islamisch geprägten Staaten in ihrer Glaubensfreiheit eingeengt sind. Dennoch halten wir für die Situation in Deutschland von den bisherigen Erfahrungen her eine offene Begegnung und ein gedeihliches Zusammenleben für möglich. Wir müssen lernen, zu differenzierten Urteilen zu kommen. Das heißt, uns über verschiedene Themen so auseinanderzusetzen, daß nicht alles ineinandergemengt wird, was irgendwie zusammenzuhängen scheint. Differenziert urteilen, heißt, Kritik in Achtung voreinander üben, falsche Rücksichten vermeiden, aber eben auch nicht respektlos mit Worten aufeinander eindreschen."

Diese offizielle Verlautbarung mit dem Titel „Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland. Gestaltung der christlichen Begegnung mit Muslimen“ wurde als Handreichung der kirchlichen und gesellschaftlichen Öffentlichkeit übergeben. Sie enthält nach einer Geschichte des Islam in Deutschland und einer Beschreibung der rechtlichen Rahmenbedingungen einen ausführlichen theologischen Teil. Dem folgt dann ein Praxisteil, in dem einige Praxisfelder der Begegnung mit Muslimen im kirchlichen Alltag dargestellt werden: Kindergarten und Schule, Ehe und Arbeitswelt, Krankenhäuser und Altenheime, aber auch Seelsorge in Gefängnissen, und dann Friedhöfe, Moscheen und kirchliche Raumvergabe an Muslime. Dabei werden auch heikle Themen nicht ausgeblendet. Im Zusammenhang mit dem öffentlichen Gebetsruf

in Deutschland heißt es etwa: „Die entscheidende Frage wird sein, ob sich Muslime und Christen in dieser Angelegenheit so weit verständigen können, daß der öffentliche Friede und jene Toleranz gefördert werden, die alle Religionsgemeinschaften für ihr gedeihliches Leben wie auch für das Zusammenleben über die Religionsgrenzen hinweg brauchen.“ (S. 113).

Professor Busch, der ja auch bei Ihnen bekannt ist, hat in seiner Bewertung der Handreichung gesagt: „Der wichtigste Teil ist der theologische. Er ist sachlich auch der schwierigste. Denn es gilt darüber Klarheit zu finden, wie wir in Bewährung unseres evangelischen Glaubens aufgeschlossen sein können für Menschen einer anderen Religion. Es gilt hier einen Weg zu gehen, auf dem beides zu vermeiden ist: einerseits eine Vergleichsgültigung der eigenen Glaubenserkenntnis durch eine Auffassung, es komme so oder so doch alles auf dasselbe heraus, andererseits eine Verschließung in einem religiösen Elfenbeinturm, aus dessen Warte man Andersgläubige entweder nur ausgrenzen oder für sich einfangen kann. Die Handreichung geht einen Weg da mitten hindurch und tut es mit der These: es sei die Offenheit für die Andersgläubigen zu begründen gerade in der eigenen Identität der christlichen Glaubenserkenntnis.“

Damit werden die gesellschaftlichen Aufgaben der Gemeinden eng an die theologischen Grundlegungen der Gemeindearbeit gebunden. Gleichzeitig wird den Gefühlen der Angst der hoffende Glaube gegenübergestellt. Diese Angst wird immer wieder geäußert, obwohl die Christen in Deutschland nominell eine große Mehrheit (70%!) gegenüber der kleinen muslimischen Minderheit bilden. Die Handreichung der EKD will die Glieder und Gemeinden der in ihr zusammengeschlossenen Kirchen zum Zusammenleben mit Muslimen ermutigen und ihnen dafür Anleitung und Klärung geben. Ermutigung wie Klärung sind nötig angesichts von Fremdheit, Unwissenheit und Ängsten, wie es sie in unserer Gesellschaft, auch in den christlichen Gemeinden, gegenüber den Muslimen in unserem Land gibt. Aber- „es führt kein besserer Weg zur

Beseitigung von trennenden Gräben und auch zur Überwindung von Fanatismus als der, für ein freundliches Zusammenleben in Achtung vor den anderen einzustehen“, wozu für uns „die Bereitschaft zur gegenseitigen Achtung der Religionen gehört“, sagt die Handreichung.

Im theologischen Verständnis steht der Islam mit dem Judentum dem christlichen Glauben sehr nahe. Alle drei sind monotheistische Religionen, die an den EINEN Gott glauben. Dabei wird Gott als Schöpfer und Richter verstanden. Das Jüngste Gericht und die Hoffnung auf ein ewiges Leben ist allen drei gemeinsam. Die Betonung des von Gott erwarteten ethischen Handelns ist auch vergleichbar. Der Islam, der als Religionsgemeinschaft im 7. Jahrhundert entstanden ist, wirft dem Christentum vor, den Ein-Gott-Glauben verlassen zu haben, indem es von der Trinität Gottes spricht und an Jesus Christus als Sohn Gottes glaubt, den der Islam nur als einen großen Propheten verehrt. Wegen dieser Nähe und zugleich der diffizilen Unterschiede ist das Verhältnis zum Islam so schwierig.

Es soll nicht verschwiegen werden, dass es Kritik an dieser Schrift gegeben hat. Inzwischen sind etwa Richtlinien der lutherischen Kirchen in Deutschland erschienen mit dem Titel „Was ist zu bedenken, wenn eine Kirche nicht mehr als Kirche genutzt wird“. Wegen der „Zeichenfunktion“, also des Symbolwertes eines Kirchengebäudes in der öffentlichen Wahrnehmung wird ein möglicher Verkauf an Muslime abgelehnt. Das würde den Eindruck eines Rückzugs der Kirche erwecken, wird dafür als Begründung angegeben.

Es wurde auch der Vorwurf der „Blauäugigkeit“ und der Unbedarftheit im Umgang mit einer gefährlichen Religion erhoben: Das sei Verharmlosung einer antichristlichen Religion. Die Verfasser aber und der Rat der EKD halten es für wichtig, der Angst aus dem Glauben zu widerstehen und die Konvivenz vorurteilsfrei zu wagen. Die Spannung von Respekt und Auseinandersetzung muss dabei durchgehalten werden.

Das verlangt von den Christen eine selbstbewusste Sprachfähigkeit des eigenen Glaubens. Aus Unkenntnis über die eigene Religion dürfen die Christen nicht erwarten, dass die anderen nicht von ihrem Glauben sprechen. Insofern ist der Dialog, ist das Zusammenleben mit Muslimen eine Glaubensschule.

Das ist für uns sehr aktuell: Vor vier Tagen ist in Berlin die EKD Synode unter dem Thema: „Tolerant aus Glauben“ zu Ende gegangen (6.-10. November 2005). „Unter dieser Überschrift suchen die Teilnehmenden der Tagung zusammen mit fachkundigen Gästen und Referenten nach Antworten auf die Frage, was es heißt, in einer Situation religiöser, weltanschaulicher und kultureller Vielfalt Christ zu sein.“, heißt es dazu in einer Pressemitteilung.

Der frühere Berliner Bischof Martin Kruse hat einmal gesagt: „Es spricht doch vieles dafür, daß nach Gottes Fügung die Anwesenheit des Islams unter uns eine Herausforderung ist, daß lässig gewordene Christen ihren eigenen Glauben besser verstehen und bejahen.“

〔解説〕ハインツ・クラウトケ講演「ドイツにおけるイスラーム教徒との共生」について

後藤 裕加子

キリスト教と文化研究センター主催のミニ・フォーラムにおいてハインツ・クラウトケ牧師の講演会が催された（2005年11月14日）。講演タイトルは *Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland: Gestaltung der christlichen Begegnung mit Muslimen*（「ドイツにおけるイスラーム教徒との共生：キリスト教徒とイスラーム教徒の出会い」）で、これは2000年にEKD（ドイツ福音主義教会）により刊行された冊子 *Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland: Gestaltung der christlichen Begegnung mit Muslimen. Eine Handreichung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland*（Gütersloh, 2000）のタイトルと同名であり、講演の内容もこの冊子の趣旨に基づいている。クラウトケ牧師は長年トルコに駐在した経験からイスラームへの造詣が深く、2001年にOberkirchenratをもって退職するまでEKDのイスラーム関係部局の責任者を務め、前述した冊子の刊行準備のための諸諮問委員会を主導した。

講演の中でも言及されているが、EKD がイスラームに対する関係を公式に表明したのは 2000 年 9 月のことである。当時はイスラーム諸国におけるキリスト教徒の迫害が問題となり、ドイツ国内のイスラーム教徒市民が増加する中で、法的に認められた宗教の自由とドイツ基本法との調整が議論的となっていた。このような社会状況下で、EKD の Martin Kock 評議会議長は、神学上のイスラームとの関係の見直し、歪んだイスラーム像の是正、キリスト教徒とイスラーム教徒の共生のための共通の土台づくりが不可欠であることなどを主旨とする公式表明を行った。この公式表明を EKD の指針として刊行したものが *Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland* である。刊行を準備した諮問委員の主要構成員は神学研究者や牧師であるが、イスラーム学の専門家としてバンベルク大学東洋学科の Rotraud Wielandt 教授も名前を連ねている。EKD の公式表明は、1965 年に第 2 バチカン公会議でローマ・カトリック教会がイスラームとの敵対を否定してから 35 年後のことであった。しかし、そこにはその間のドイツの諸共同体や教会活動の共生経験の蓄積が生かされている。*Zusammenleben mit Muslimen* は 4 章構成で、第 1 章の *Entwicklung des Islam in Deutschland* (ドイツにおけるイスラームの発展) は 1960 年代の外国人労働者の流入以降、ドイツ国内のイスラーム教徒人口が激増するまでの歴史やキリスト教徒市民との軋轢を概観する (現在、ドイツの全人口約 8200 万人のうち約 300 万人強がイスラーム教徒で、その約 3 分の 2 から 4 分の 3 がトルコ系である)。第 2 章 *Theologische Orientierung und Grundsätze der Begegnung mit dem Islam* (神学的立場とイスラームとの出会いにおける基本方針) は神学的な見解をあらためて確認した上で、唯一神を信仰し共通点も多いイスラームとの近さと相違が述べられ、それゆえに困難なイスラーム理解の重要性と可能性が提示される。第 3 章 *Rechtliche Rahmenbedingungen des Islam in Deutschland* (ドイツにおけるイスラームの法的基本条件) は、キリスト教系の公共施設でイスラーム教徒が働くことができるのか、公立学校でのイスラーム教育など、日常生活におけるイスラーム教徒の法的権利について論じられる。第 4 章 *Bereiche des praktischen Zusammenlebens* (実践的な共生の活動領域) では、学校・病院などの公共施設だけでなく、職場や結婚などイスラーム教徒と出会う様々な領域で生じる諸問題と、それに対する対処法が提言されている。

本講演ではドイツ出身の新教皇ベネディクト 16 世が 8 月のケルンの世界青年の日で諸宗教の信者と対話を行ったことや、11 月に「信仰に基づく寛容」をテーマに開催された EKD 教会会議の様子などの最新情報が紹介され、キリスト教徒が自らの信仰への自覚を持った上でイスラームとの相互対話を進め、偏見なき共生への勇気を持つべきであるという、EKD の指針を再確認した。直前にフランスでイスラーム教徒やアフリカ系移民の暴動が起こったこともあり、会場の図書館ホールは学生や教職員だけでなく、学外からの聴講者も集めて満員の盛況となった。日本でも増加する外国人との共生は避けられない問題で、制限時間までクラウトケ氏との間で熱心な質疑応答が続けられた。